

Sondierung 2017: Zentrale Dissenspunkte

In den viereinhalb Wochen, in denen Union, FDP und Grüne über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gesprochen haben (Sondierungsgespräche), ist es nicht zu einer grundsätzlichen Einigung über die Ausrichtung der Politik gekommen. Die Freien Demokraten arbeiten für ein modernes Land, für weltbeste Bildung, für die Chancen der Digitalisierung und eine faire Balance zwischen Bürger und Staat. Für diese Trendwenden gab es von den potentiellen Partnern keine ausreichende Unterstützung.

Im Gegenteil: Der Sondierungsstand, der in einem Text (letzter Stand 17.11.2017, 18:53 Uhr) zusammengetragen ist, enthält insgesamt 237 eckige Klammertexte (nicht konsentierete Positionen). Zu weit über 100 inhaltlichen Themen konnte keine Einigung unter den vier Verhandlungsteilnehmern erzielt werden.¹

Auf Initiative der FDP wurde am letzten Verhandlungstag, Sonntag, 19. November, unabhängig vom weitgehend nicht konsentierten Sondierungsstand, über die zentralen Anliegen der jeweiligen Parteien gesprochen. Damit sollte der zähe Verhandlungsverlauf überwunden und durch eine Einigung in zentralen Themenbereichen ein Durchbruch erzielt werden. Tatsächlich wurden in der letzten Runde der Verhandlungsführer die inhaltlichen Differenzen aber erneut bestärkt – in den zentralen Themenbereichen lagen die Positionen teils weit auseinander.²

Beispiele:

1. Bildung: Reform des Bildungsföderalismus und Abschaffung des Kooperationsverbots

Die FDP will eine Trendwende für weltbeste Bildung erreichen, damit jeder Mensch seine Talente entfalten und Chancen wahrnehmen kann. Deutschland muss dazu mehr Geld für Bildung investieren, etwa für den Ausbau der Ganztagsangebote, für die Digitalisierung und Sanierung unserer Schulen. Das reicht aber nicht: Deutschland braucht eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus, bundesweite Standards und mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern. CSU und Teile der Grünen (MP Kretschmann) positionierten sich in den Sondierungsgesprächen jedoch bis zuletzt gegen eine Reform des Bildungsföderalismus. Alle anderen Maßnahmen im Bildungsbereich hätten mehr oder weniger ein „Weiter so“ der großen Koalition bedeutet. Auch der Digitalpakt wurde mit exakt demselben Mittelansatz von 3,6 Mrd. Euro eingeplant, wie er bereits von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wurde.

Textstellen Sondierungspapier:

„[CDU/CSU: Dies wollen wir im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen Ordnung erreichen.]

[FDP/Grüne: Die dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen wollen wir vornehmen.]“

2. Finanzen: Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2021

Die FDP will eine faire Balance zwischen Bürger und Staat. Da jedoch eine große Steuerreform und Entlastungen im Umfang von 30 bis 40 Mrd. Euro mit Union und Grüne nicht möglich waren, hat die FDP weitgehende Kompromisse angeboten. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlages in dieser

¹ Zu einzelnen Themen liegen zum Teil mehrere geklammerte Vorschläge vor. Am 18./19.11. wurde noch an folgenden Themengebieten gearbeitet, ohne dass sie in das Gesamtdokument integriert wurden: „Flucht, Asyl, Migration“, „Klima, Energie, Umwelt“, „Finanzen“ und „Landwirtschaft“.

² Die in der Runde der Verhandlungsführer zuletzt, am 19.11., diskutierten Kompromissvorschläge sind nicht mehr dokumentiert, sie wurden aber in die Darstellung zum Verhandlungsstand in nachfolgenden Beispielen aufgenommen.

Legislaturperiode (also bis 2021) ist jedoch eine Frage der Glaubwürdigkeit einer wahrhaftigen Politik. Die argumentative Grundlage des Solis ist mit dem Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2019 vollständig entfallen. Bereits zu Beginn der Sondierungen unterbreitete die FDP den Vorschlag, den Soli in drei Schritten abzubauen und dabei bei den Beziehern geringerer und mittlerer Einkommen zu beginnen. Die vollständige Abschaffung des Solis bis zum Ende der Legislaturperiode war für die FDP immer ein zentrales steuerpolitisches Anliegen (Entlastungsvolumen etwa 18-20 Mrd. Euro).

Diese Haltung war allen Verhandlungspartnern bekannt und wurde von der FDP mehrfach betont. Am letzten Verhandlungstag lag als „Kompromissangebot“ vor, den Soli im Jahr 2020 um 4 Mrd. und im Jahr 2021 um 6 Mrd. Euro zu reduzieren. Der Soli wäre damit lediglich zu einem kleinen Teil schrittweise reduziert, aber der größte Teil bis in die nächste Legislaturperiode fortgeschrieben worden. Dieses „Angebot“ der Union war mehr oder weniger ihr eigenes Wahlprogramm und keine ausreichende Grundlage für eine steuerliche Entlastung in dieser Legislaturperiode. Eine Trendwende zu einer fairen Balance zwischen Bürger und Staat war mit Union und Grünen nicht zu realisieren, zumal die Verhandlungspartner an anderen Stellen dutzende Milliarden Euro an Mehrausgaben durchsetzen wollten, eine spürbare steuerliche Entlastung der Bürger aber ablehnten.

Textstellen Sondierungspapier:

„[UNION/FDP: In einem dritten Schritt zum xxxxxx wird der Solidaritätszuschlag für alle vollständig abgeschafft] [GRÜNE: Die Gegenfinanzierung muss verteilungspolitisch neutral erfolgen.]“

3. Energiepolitik: CO2-Reduzierung und EEG

Die FDP will, dass die klimapolitischen Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden. Klimaschutz kann mit Versorgungssicherheit und bezahlbaren Energiepreisen in Einklang gebracht werden. Die Politik darf jedoch nicht die physikalischen Realitäten ignorieren. Als sehr weitreichendes Kompromissangebot zur CO2-Reduktion hat die FDP zuletzt angeboten, bei der Kohleverstromung Kraftwerkskapazitäten im Volumen von 5 GW schnellstmöglich und 2 weitere GW in den kommenden Jahren abzubauen, sofern die Versorgungssicherheit es erlaubt (5+2). Das entspricht insgesamt etwa 30 Mio. Tonnen CO2-Reduktion. Die energiepolitischen Experten von FDP und Union hatten dringend vor einer darüber hinausgehenden Reduktion gewarnt. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel überraschte allerdings am Abend des 19.11. mit einem spontanen Angebot an die Grünen, 7 GW vom Netz zu nehmen und 40 Mio. Tonnen CO2 einzusparen. Die Einsparung von 40 Mio. Tonnen zieht nach Auffassung der Experten allerdings die Abschaltung von Kraftwerkskapazitäten von bis zu 9 GW nach sich. Die Grünen bestanden am Sonntag auch weiterhin auf einen Kapazitätsabbau von 9 - 10 GW. Die FDP konnte dem nicht zustimmen, da ansonsten eine teilweise Deindustrialisierung Deutschlands gedroht hätte, die Versorgungssicherheit gefährdet wäre und die Energiepreise steigen würden. Kraftwerke in Deutschland abzuschalten und dafür Kohlestrom aus Polen oder Atomstrom aus Frankreich zu importieren, ist keine vernünftige Politik.

Textstellen Sondierungspapier (Stand: 19.11., 16:15 Uhr):

CO2-Reduzierung: „[...] Zur Wahrung der Versorgungssicherheit wird die Kohleverstromung damit bis zum Jahr 2020 um höchstens 3 bis 5 Gigawatt reduziert.“ [CDU, CSU, FDP]

[...] Daraus folgt, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um zusätzlich 8 bis 10 Gigawatt zu reduzieren ist. (...) [Grüne]“

Die FDP will zudem das planwirtschaftliche Dauersubventionssystem nach dem Erneuerbaren Energie Gesetz (EEG) für Neuanlagen beenden. Die Grünen waren hierzu jedoch nicht bereit. Auch von der Union kam keine Zustimmung. Stattdessen räumte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel den Grünen

am 19.11. ein zusätzliches Sonderprogramm Windenergie in Höhe von 2 GW ein. Den FDP-Vorschlag, Anwohnerinteressen durch eine Länderöffnungsklausel für Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen zu berücksichtigen, lehnten die Grünen ab. Nur eine vernünftige Energiepolitik, die gleichermaßen auf Innovation und Wettbewerb, auf Akzeptanz und Bezahlbarkeit und auf Versorgungssicherheit und Klimaschutz setzt, wäre die Trendwende gewesen.

Textstelle Sondierungspapier (Stand: 19.11., 16:15 Uhr):
EEG: „[FDP: Das EEG für Neuanlagen läuft aus.]“

4. Migration: Zuwanderung und Familiennachzug

Die FDP steht für eine moderne Migrationspolitik mit fairen, konsequent angewandten Regeln, die klar zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhafter Einwanderung in den Arbeitsmarkt unterscheiden. In den Sondierungsgesprächen hat die FDP aus der Position der Mitte argumentiert und eine vermittelnde Rolle eingenommen, die humanitäre Verantwortung mit der Wiedererlangung der Zuwanderungskontrolle verbindet. Während der Gespräche öffnete sich die CDU für ein System der qualifizierten Zuwanderung nach kanadischem Modell. Und auch die Grünen haben Verständnis für mehr Kontrolle bei der Zuwanderung gezeigt. Dennoch gab es am letzten Verhandlungstag keine Einigung: Am Abend des 19.11. lag ein Vorschlag von Volker Bouffier vor, wonach der Familiennachzug für zwei weitere Jahre ausgesetzt werden sollte, verbunden mit einer Härtefallregelung und der Schaffung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem, wenn auch ohne umfassenden Spurwechsel von der Flüchtlings- in die Arbeitsmigration. Die FDP stand für diesen Kompromiss zur Verfügung. Die Grünen lehnten diesen Vorschlag ab.

Textstellen Sondierungspapier (Stand: 19.11., 14:45 Uhr):

„[GRÜNE: (...) Deswegen wollen wir die bisherige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige nicht über März 2018 hinaus ausweiten. (...)]

[CDU/CSU: (...) Wir können daher den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 nicht zulassen.]

[FDP: Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitäreren Kriterien zu vergeben.]“

5. Europa: Euro-Stabilität, Transferunion, Bankenunion

Die FDP will die finanzpolitische Eigenständigkeit und Verantwortung der Mitgliedstaaten stärken und eine dauerhafte Transferunion, eine Art europäischen Finanzausgleich, ausschließen. Als sinnvollen Kompromiss signalisierte die FDP, ihre Forderung nach einer Abschaffung des ESM zurückzustellen. Wir haben uns am Koalitionsvertrag der liberal-christlichen Regierung in den Niederlanden orientiert und uns mit folgender Position in die Schlussphase der Sondierungen eingebracht:

„Wir wollen die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten der Eurozone stärken: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat eine makroökonomische Kompetenz aufgebaut, die anhand objektiver Kriterien unabhängig entscheidet. Wir sind offen dafür, diesen bei der Haushaltsüberwachung zu nutzen. Automatische Transfers, die Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken oder weitere Mechanismen zur Stabilisierung (fiscal capacity) unterstützen wir nicht.“

Über diesen Text bestand zwischen Union und FDP zunächst Einigkeit. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat diesen Kompromiss jedoch am letzten Verhandlungstag gegen 21 Uhr relativiert, um den

Grünen entgegenzukommen. Diese wollten sich die Möglichkeit offenhalten, neue Budgets für Finanztransfers in Europa zu etablieren. Diese Positionsveränderung konnte die FDP nicht akzeptieren.

Die FDP sieht die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion prinzipiell in der Verantwortung für ihren privaten Bankensektor. Eine Bankenunion kann für die FDP nur mit einem gesunden privaten Finanzsektor in jedem einzelnen Mitgliedstaat und einer soliden Risikogewichtung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen gelingen. CDU und Grüne waren nicht bereit, eine europäische Risikoteilung bzw. Haftungsgemeinschaft im Bereich der privaten Banken, Sparkassen und Volksbanken eindeutig auszuschließen.

Textstellen Sondierungspapier (letzter Stand Gesamtdokument vom 17.11.):

„[UNION/GRÜNE: Bei der (...) Bankenunion müssen die besonderen Rahmenbedingungen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken berücksichtigt werden. Generell gilt der Vorrang von Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Die Bankenunion muss auf das Ziel ausgerichtet werden, systemische Risiken, einschließlich derer, die von Staaten ausgehen, abzuwenden.]

[FDP: Angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken ist eine gemeinschaftliche Strategie der EU für Banken und die Bankenaufsicht eine gute Idee. Ein europäisches Einlagerungssystem lehnen wir ab.]“

Zur Überwindung der Differenzen ist die FDP mit folgendem Vorschlag auf die Verhandlungspartner zugegangen:

„Bei der schrittweisen Vollendung der Bankenunion können weitere Maßnahmen zur Risikoteilung erst unternommen werden, wenn die Risiken im Bankensektor nachhaltig zurückgeführt wurden und dabei auf eine angemessene Berücksichtigung der Risiken von Staatsanleihen in den Bankbilanzen gewährleistet ist.“

Auch hier konnte bis zum Schluss keine Einigung erzielt werden.

6. Handel: Abkommen mit Kanada (CETA) und USA

Die FDP will die Chancen des Freihandels für Beschäftigung und Wohlstand nutzen. Die FDP ist daher für eine zügige Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) und ein transatlantisches Handelsabkommen. Die Grünen lehnen jedoch wirtschaftlich wichtige Handelsabkommen ab, sogar ein Abkommen der EU mit dem liberalen Kanada wollten sie nicht ratifizieren.

Textstellen Sondierungspapier:

„[CDU, CSU, FDP: Ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit den USA bleibt notwendig.]“

„Wir werden in dieser Legislaturperiode [CDU, CSU, FDP: ein] [Grüne: kein] Ratifizierungsgesetz für CETA in den Bundestag einbringen.“

7. Verkehr: keine Einschränkung individueller Mobilität

Die FDP will die klimapolitischen Ziele auch im Verkehrsbereich erreichen. Sie setzt auf technologieoffene Forschung, Innovationen und Anreize des Marktes statt auf Quoten und Verbote. Die Grünen wollten eine Einschränkung der individuellen Mobilität (Fahrverbote, Tempolimit, blaue Plakette) jedoch nicht eindeutig ausschließen (sondern nur „über alle Verkehrsträger“).

Textstellen Sondierungspapier:

Grüne: „[Für uns gelten die Klimaschutzziele, im Verkehr insbesondere und mindestens das Sektorziel 2030.]“

FDP/Union: „[Für uns gelten die Klimaschutzsektorziele im Verkehr für das Jahr 2030. (...) Die individuelle Einschränkung der Mobilität lehnen wir ab.]“

8. Arbeit: Flexiblerer Arbeitsmarkt, Entbürokratisierung Mindestlohn, befristete Teilzeit

Die FDP setzt sich für eine moderne Arbeitsmarktpolitik ein, die den Menschen mehr Selbstbestimmung und persönliches Vorankommen ermöglicht und Unternehmen weniger Bürokratie aufbürdet. Doch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Interesse der Beschäftigten, etwa beim Arbeitszeitgesetz oder der Dynamisierung der Mini- und Midi-Job-Grenzen, war mit Union und Grünen nicht möglich. Auch die von der FDP geforderte Entbürokratisierung beim Mindestlohn (Dokumentationspflichten) lehnten die Grünen ab. Beim Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, den die FDP eher kritisch bewertet, konnten sich Union und Grüne nicht einmal untereinander auf die Betriebsgröße einigen, ab wie vielen Mitarbeitern der Rechtsanspruch gelten sollte. In der Arbeitsmarktpolitik drohte ein „Weiter so“ der großen Koalition.

Textstellen Sondierungspapier:

Flexiblerer Arbeitsmarkt: FDP³: „[Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so verändern, dass die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie [durch die Tarifpartner] genutzt werden können.]“

FDP: „[Wir wollen die Mini- und Midijob-Grenze dynamisieren] Union: [und im Gegenzug eine Rentenversicherungspflicht einführen]“

Entbürokratisierung Mindestlohn: „Der Mindestlohn gilt. (...) [Darüber hinaus wollen wir eine Entbürokratisierung, z.B. bei Dokumentationspflichten, Auftraggeberhaftung und Praktika erreichen.]“

Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit: „[Union und Grüne bekennen sich zu dem grundsätzlichen Ziel, einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gesetzlich zu verankern, wobei sie dies an folgende unterschiedliche Bedingungen knüpfen wollen: (...) Für die FDP ist die Zustimmung zu diesem Ziel an weitere Bedingungen zu knüpfen (...).]“

9. Rente: keine Ausweitung der Mütterrente, flexibler Renteneintritt

Ein fairer Ausgleich zwischen Jungen und Alten ist für die FDP notwendige Voraussetzung für die Akzeptanz unseres Altersvorsorgesystems. Die CSU bestand jedoch auf einer erneuten Ausweitung der Mütterrente. Der dritte Entgeltpunkt hätte anfänglich jährlich 7 Mrd. Euro pro Jahr mehr gekostet; der zuletzt gemachte Vorschlag, den dritten Entgeltpunkt nur für Frauen (de jure: und Männer) mit mindestens drei Kindern einzuführen, wäre anfänglich mit über 3,6 Mrd. Euro pro Jahr zu Buche geschlagen. Beide Vorschläge zur Ausweitung der Mütterrente hätten unmittelbare Beitragssatzsteigerungen in der Rentenversicherung ausgelöst - das wäre die klare Abkehr von der Generationengerechtigkeit gewesen. Zudem erfordert die moderne Arbeitswelt individuelle Lösungen für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Union und Grüne wollten sich hier aber nicht festlegen und das Thema schieben.

Textstellen Sondierungspapier:

Mütterrente: „[Die Verbesserung der Mütterrente a) durch einen zusätzlichen 3. Punkt, b) durch die Nicht-Anrechnung der bestehenden Mütterrente auf die Grundsicherung. Die Frage der Steuerfinanzierung der Mütterrente.]“⁴

³ Der Einschub „[durch die Tarifpartner]“ stammt von der Union.

⁴ Der letzte Satz „Die Frage der Steuerfinanzierung der Mütterrente“ stammt von FDP und Grünen.

Flexibilisierung Renteneintritt: „[Es ist strittig, ob dies als rentenpolitische Maßnahme a) unmittelbar vereinbart werden soll oder die Flexibilisierung Thema b) in der Koalitions-Arbeitsgruppe oder c) in der Rentenkommission sein soll.]“

FDP: „[Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt schaffen, in dem die Menschen (...) freier entscheiden können, wann sie in Rente gehen.]“

10. Modernes Familienrecht

Die FDP setzt sich für modernes Familienrecht ein – etwa für die schnelle Umsetzung der rechtlichen Konsequenzen der „Ehe für alle“, einen modernen Rechtsrahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien und das Wechselmodell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder als Regelfall. Eine Einigung war hier mit der CSU nicht möglich. Sie erklärte u. a., dass sie gegen die „Ehe für alle“ klagen wolle.

Textstellen Sondierungspapier:

„[FDP: (...) Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe für alle“ schnell umsetzen (...) Das sog. Wechselmodell, als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder, machen wir nach Trennung oder Scheidung der Eltern zum Regelfall, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht und die Eltern keine einvernehmliche Regelung treffen.]“

11. Wohnen: Mietpreisbremse

Die FDP will die Bremsen beim Wohnungsbau lösen (Bürokratieabbau, reduzierte Standards im Baurecht) und mehr Wohnraum schaffen. Dies war mit den Grünen nicht möglich. Außerdem schlossen sie die Abschaffung der nicht wirksamen Mietpreisbremse kategorisch aus.

Textstellen Sondierungspapier:

„[GRÜNE: Wir wollen eine Weiterführung und Verbesserung der Mietpreisbremse.] [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Abschaffung der Mietpreisbremse.]“

12. Landwirtschaft: Gemeinsame Europäische Agrarpolitik

Die FDP setzt sich für eine starke Landwirtschaft ein und will die europäische Agrarpolitik modernisieren, vereinfachen und Verlässlichkeit schaffen. Dies war mit den Grünen jedoch nicht möglich, denn Priorität der Grünen war eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule der europäischen Agrarpolitik, mit neuen, komplexen Umwelt- und Tierwohlaufgaben.

Textstellen Sondierungspapier:

„[CDU/CSU/FDP: Wir wollen, dass die (...) (GAP) vereinfacht und modernisiert wird und in solider und berechenbarer Weise als ein zentrales Instrument ökonomischer, ökologischer, und soziokultureller Agrarstruktur- und ländlichen Entwicklungspolitik verstetigt wird.]

[Grüne: Wir wollen bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik eine bessere Zielorientierung, hin zu mehr Umwelt-, Klima-, Naturschutz und Tierwohl. (...)]“

Auszug aus dem Beschluss des a.o. Bundesparteitages am 17. September 2017:

„Wir haben uns befreit von Opportunismus und Ängstlichkeit und unsere Eigenständigkeit neu gefunden. Dabei sind wir Realisten geblieben. Unsere Demokratie lebt von Ausgleich, Kompromiss und der Akzeptanz der Mehrheit. Darin liegt ihre über Jahrzehnte erwachsene Stärke und Stabilität. Wir wissen, dass wir anderen unsere Ideen nicht diktieren können. Aber wir stehen zu unseren Prinzipien und Projekten. Deshalb haben wir klar und bewusst vor der Wahl diese zehn Trendwenden beschrieben. An ihnen lassen wir uns messen.“

29.11.2017/ FD